



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 08.07.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info und dnr-online.ru

Dan-news.info: Gemeinsame Erklärung des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik A. Sachartschenko und des Oberhauptes der Lugansker Volksrepublik I. Plotnizkij

Die vom Kiewer Regime seit letztem Jahr durchgeführte Strafoperation gegen die DVR und LVR führte zu massenhaften Opfern tausender unschuldiger Menschen, einschließlich Frauen, alter Menschen und Kinder.

Allein nach offiziellen Zahlen der UNO wurden in der Folge des von Kiew entfesselten Bürgerkriegs im Donbass mehr als 6500 Menschen getötet und etwa 16.500 erlitten Verletzungen verschiedenen Schweregrads.

Mehr als eine Million Einwohner des Donbass waren gezwungen ihre Häuser zurückzulassen und die Region zu verlassen.

All diese Handlungen Kiews sind zweifellos direkten Verletzungen der Genfer Konvention aus dem Jahr 1949, Verstöße gegen Gesetze und Konventionen der Kriegsführung, die Verwirklichung einer Politik des Genozids gegen die friedliche Bevölkerung der DVR und der LVR und Verbrechen gegen die Menschheit.

Seit dem Beginn der Kämpfe im Donbass wurde von uns die Arbeit zur Sammlung und Auswertung von Beweisen für Verbrechen gegen die Menschheit von Seiten der ukrainischen Armee und der Nationalgarde, die ihrem Wesen nach Strafeinheiten sind, organisiert. Solche Fakten haben wir heute sehr viele gesammelt.

Zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben wurden in der DVR und der LVR interministerielle Ermittlungsgruppen zur Ermittlung von Fakten von Kriegsverbrechen der ukrainischen Truppen im Donbass gebildet und diese arbeiten bis heute.

Zu diesen Gruppen gehören Vertreter der Staatsanwaltschaften, der Volksmilizen, der Staatssicherheitsministerien, der Innenministerien sowie der Zivilschutzministerien unserer Republiken.

Es wurde eine breite Beweisbasis für die Schuld der ukrainischen Truppen an der Durchführung zielgerichteter massiver Artillerieschläge auf dicht besiedelte Gebiete der DVR und der LVR, der Verwendung nicht-konventioneller Munition gegen die friedliche Bevölkerung, Folter, Plünderung und Misshandlung unschuldiger Menschen gesammelt. Die aufsehenerregendsten Verbrechen des Kiewer Regimes im Donbass sind der Weltöffentlichkeit breit bekannt:

- der massenhafte Tod von Zivilisten in der Folge eines Treffers eines ukrainischen Artilleriegeschosses auf eine Trolleybushaltestelle in Donezk;

- der geplante Luftschlag der Luftwaffe der ukrainischen Streitkräfte auf die Stadtverwaltung von Lugansk und den angrenzenden Platz der Helden des Großen Vaterländischen Kriegs, der den Tod von 8 und die schwere Verwundung von 28 unschuldigen Menschen zur Folge hatte;
- die Anwendung von Phosphormunition auf Wohngebiete in Slawjansk, Kramatorsk, Lissitschansk und Gorlowka sowie auf andere Ortschaften des Donbass.

Auch eine bedeutende Zahl an Beweisen für die Beteiligung ukrainischer Soldaten und Nationalgardisten an Massenmorden an friedlichen Bürgern wurden zusammengestellt, wovon Dutzende von Gräbern zeugen, die von uns auf den Territorien der DVR und der LVR entdeckt wurden, die sich zeitweise unter der Kontrolle ukrainischer Truppen befanden.

Unter Berücksichtigung dessen, dass zu diesen und anderen Verbrechen Kiews täglich neue Information eintrifft, geht die Arbeit in die genannte Richtung ununterbrochen weiter.

Erst ein Jahr nach dem Beginn der Kämpfe im Donbass hat Kiew versucht, Handlungen zur Heranziehung einzelner Straftruppenangehöriger aus sogenannten „Freiwilligenbataillonen“ zu strafrechtlicher Verantwortung für Raub, Folter, Misshandlung und andere Verbrechen gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass vorzutauschen.

Versuche zur Festnahme von bewaffneten Straftruppenangehörigen durch die ukrainischen Rechtsschutzorgane waren nicht von Erfolg gekrönt.

Umso mehr ist es sinnlos eine objektive Ermittlung und die Fällung eines gerechten Urteils gegen die Straftruppen bezüglich ihrer Verbrechen zu erwarten.

Deshalb muss sich nach unserer gemeinsamen Meinung mit der Verfolgung aller Verstöße gegen das internationale humanitäre Recht und aller Verbrechen gegen die Menschheit im Donbass eine von der Weltgemeinschaft bevollmächtigte Organisation befassen.

Um die ukrainischen Straftruppen für ihre auf dem Territorium des Donbass begangenen Verbrechen unbedingt zur Verantwortung zu ziehen, wenden sich die DVR und die LVR an den UN-Sicherheitsrat mit der Bitte, ein internationale Tribunal für die gerichtliche Verfolgung der Personen einzurichten, die für die Verletzung von internationalem humanitären Recht und für Verbrechen gegen die Menschheit in der Ukraine verantwortlich sind.

Wir rufen den Generalsekretär der UNO, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats: USA, Frankreich, Großbritannien, China und Russland auf, unverzüglich die Bildung eines solchen Tribunals in der nächsten Sitzung zu erörtern und eine entsprechende Resolution vorzubereiten.

Von unserer Seite verpflichten wir uns alle uns zur Verfügung stehenden Zeugnisse, Sachbeweise und andere Information über die von ukrainischen Truppen im Donbass begangenen Verbrechen offiziellen Vertretern eines internationalen Tribunals zu übergeben, damit objektiv ermittelt wird und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.